

## Zur Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung 1972

In Baden-Württemberg wurde das Interesse der breiten Öffentlichkeit im Jahr 1972 vor allem von zwei Wahlen in Anspruch genommen, der Landtagswahl am 23. April und der Wahl zum Deutschen Bundestag am 19. November.

Die Ergebnisse der Landtagswahl waren in mancher Hinsicht überraschend. Erstmals erreichte bei einer Landtagswahl in Baden-Württemberg eine Partei, nämlich die CDU, die absolute Mehrheit an Stimmen und Mandaten. Dadurch wurde die letzte Regierung einer großen Koalition, die es im Bundesgebiet noch gab, durch eine Alleinregierung abgelöst. Bei der Bundestagswahl ergab die Wahlentscheidung in Baden-Württemberg zwar kein grundsätzlich anderes Bild, eine absolute Mehrheit einer Partei kam dabei allerdings nicht mehr zustande. Bemerkenswert ist das zunehmende politische Engagement der Bevölkerung, das in der ungewöhnlich hohen Wahlbeteiligung zum Ausdruck kam. Bei der Landtagswahl waren es 80% der Wahlberechtigten die zur Urne gingen, bei der Bundestagswahl sogar über 90%.

Die im neuen Jahr in Kraft tretende Gebiets- und Verwaltungsreform hat naturgemäß ebenfalls starke Anteilnahme gefunden und das Für und Wider wurde das ganze Jahr über lebhaft erörtert.

Neben diesen im politischen Raum sich abspielenden Vorgängen verdient aber auch die nicht weniger bedeutsame Entwicklung auf anderen Gebieten, vor allem im Bereich der Wirtschaft und der Bevölkerung, unsere Aufmerksamkeit. So zeichnen sich zum Beispiel bei der Bevölkerungsveränderung, die sich einmal aus den Geburten und Sterbefällen und zum andern aus der Wanderungsbewegung über die Landesgrenzen ergibt, Tendenzen ab, die von weitreichender Bedeutung sein können.

Rückblickend läßt sich jetzt auch ein Bild gewinnen über die wirtschaftliche Entwicklung und den Verlauf der Konjunktur.

Zweifellos sind manche Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen, aber auch manche Befürchtungen sind nicht eingetreten. Die Ergebnisse der amtlichen Statistik lassen erkennen, daß von den wirtschaftspolitischen Hauptzielen die Preisstabilität, was allgemein bekannt ist, nicht im gewünschten Ausmaß erreicht wurde, während die Vollbeschäftigung gesichert war und sich ein gemäßigtes Wirtschaftswachstum abzeichnete. Dieses aus den statistischen Daten gewonnene knappe allgemeine Bild wird durch die nachstehende Darstellung ausgewählter statistischer Indikatoren ergänzt und vertieft.

Tabelle 1  
Bevölkerungsbewegung

Vorgang	1969	1970	1971	1972 <sup>1)</sup>
Geburten .....	140 087	128 212	123 871	114 000
Sterbefälle .....	94 628	92 628	92 671	93 000
Geburtenüberschuß .....	45 459	35 584	31 200	21 000
Wanderungssaldo .....	150 347	109 461	70 307	70 000
Bevölkerungszunahme .....	195 806	145 045	101 507	91 000
Bevölkerungsbestand .....	8 909 699	8 953 607	9 055 114	9 146 000

<sup>1)</sup> Vorläufige Zahlen.

### Über 9 Millionen Einwohner

Das Land Baden-Württemberg hat am Jahresende 1972 eine Wohnbevölkerung von rund 9,150 Millionen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Einwohnerzahl zwar um rund 90 000 an, was einer Wachstumsrate von 1% entspricht, die Zunahme blieb aber deutlich hinter den vorhergehenden Jahren zurück. Das Bevölkerungswachstum, das noch vor einigen Jahren überwiegend durch den Geburtenüberschuß bestimmt wurde, beruhte, wie schon in den letzten vier Jahren, auch diesmal wieder hauptsächlich auf der Zuwanderung über die Bundesgrenzen. So zogen im Jahr 1972 per Saldo 70 000 Personen aus dem Ausland, vor allem aus den sogenannten Gastarbeiterländern, nach Baden-Württemberg.

Für das Bevölkerungswachstum spielt der Geburtenüberschuß eine immer geringere Rolle, da der seit Mitte der sechziger Jahre zu beobachtende Geburtenrückgang nach wie vor anhält, im Jahr 1972 sogar in verstärktem Maß. Der Geburtenüberschuß, also der Unterschied zwischen der Zahl der Lebendgeborenen und den Sterbefällen, betrug nur noch 21 000, gegenüber 31 000 im Vorjahr. Zur Bevölkerungszunahme trägt der Geburtenüberschuß demnach zu nur noch einem Fünftel bei. Da die Zahl der Ausländergeburten ungefähr bei 21 000 liegt, wäre ohne Ausländer schon jetzt kein Geburtenüberschuß mehr zu verzeichnen. Die Ursachen dieser Entwicklung liegen zum Teil in Verschiebungen im Altersaufbau. In den letzten Jahren rückten allmählich die schwach besetzten Geburtsjahrgänge der Frauen in die Altersjahrgänge auf, in denen hauptsächlich Kinder geboren werden. Überwiegend jedoch hängt die Entwicklung zweifellos vom generativen Verhalten der Bevölkerung ab.

Lebendgeborene und Gestorbene 1961 bis 1972

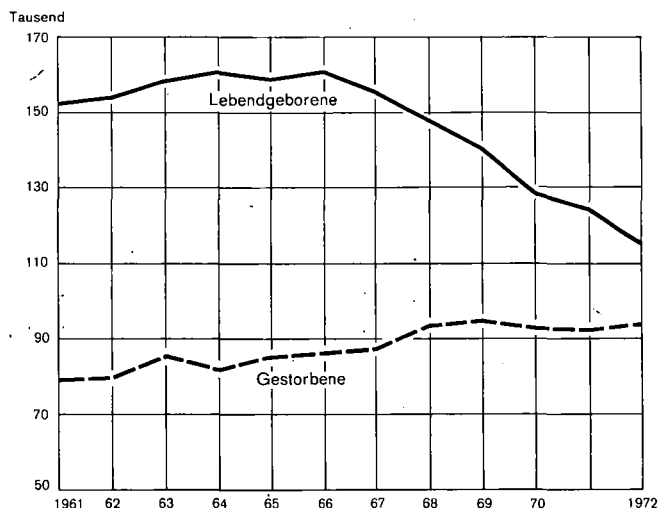


Tabelle 2

**Lebendgeborene deutscher und nichtdeutscher Staatsangehörigkeit der Eltern<sup>1)</sup>**

Jahr	Lebendgeborene insgesamt	darunter mit ausländischen Eltern <sup>1)</sup>	
	Anzahl		%
1962 .....	154 047	4 362	2,8
1963 .....	158 750	5 880	3,7
1964 .....	160 988	7 499	4,7
1965 .....	158 742	9 287	5,9
1966 .....	160 802	11 374	7,1
1967 .....	155 617	12 020	7,7
1968 .....	147 961	9 837	6,6
1969 .....	140 087	13 289	9,5
1970 .....	128 212	16 240	12,7
1971 .....	123 871	19 712	15,9
1972 <sup>2)</sup> .....	114 000	20 800	18,3

<sup>1)</sup> Bzw. ausländischer Mutter. – <sup>2)</sup> Vorläufige Zahlen.**9% der Bevölkerung sind Ausländer**

Durch den starken Bedarf an Arbeitskräften, verbunden mit einer günstigen wirtschaftlichen Entwicklung, war der Zustrom nichtdeutscher Arbeitnehmer außerordentlich groß, so daß jetzt bereits 801 000 Ausländer in Baden-Württemberg registriert sind die damit einen Anteil von über 9% der Wohnbevölkerung erreichen. In einzelnen Kreisen und Städten ist der Ausländeranteil sogar noch erheblich höher, so zum Beispiel in den Landkreisen Esslingen und Böblingen wo er über 14% beträgt. Die zahlenmäßig stärksten Ausländergruppen stellen, bei Einbeziehung der hier wohnenden Familienangehörigen, die Italiener mit 199 000, die Jugoslawen mit 183 000 und die Türken mit 123 000 Personen.

**Expansiver Bildungssektor**

Die Zahl der Schüler an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen wird nach vorläufigen Schätzungen im Schuljahr 1972/73 um etwa 3,5% auf etwas über 1,4 Mill. ansteigen. Die Zuwachsrate bei den Grund- und Hauptschulen hat sich weiter verringert und liegt nunmehr deutlich unter 1%. Hier wirkt sich offenbar einmal die sinkende Geburtenrate und zum anderen der weitere Anstieg der Übergangsquoten auf insgesamt 54,4% auf weiterführende Schulen aus. Mit der Übergangsquote von 24,6% auf Realschulen und von 29,8% auf Gymnasien konnten die Zielvorstellungen des Landes Baden-Württemberg für 1975 schon im laufenden Schuljahr realisiert werden.

Tabelle 3

**Studierende an Wissenschaftlichen Hochschulen**

Universität	Studierende im Wintersemester		Zunahme in %
	1972/73 <sup>1)</sup>	1971/72	
Freiburg .....	14 600	13 387	9,0
Heidelberg .....	15 350	14 544	5,5
Hohenheim .....	1 736	1 597	8,7
Karlsruhe .....	10 074	8 758	15,0
Konstanz .....	1 477	1 018	45,1
Mannheim .....	5 900	5 319	10,9
Stuttgart .....	9 766	8 737	11,8
Tübingen .....	14 866	14 073	5,6
Ulm .....	685	399	71,7
<b>Zusammen .....</b>	<b>74 454</b>	<b>67 832</b>	<b>9,7</b>

<sup>1)</sup> Vorläufig.

An den neun baden-württembergischen Universitäten hat die Zahl der Studierenden wie schon im Vorjahr erneut um 10% auf fast 75 000 zugenommen. Nach wie vor tragen die alten Universitäten Freiburg, Heidelberg und Tübingen mit einem Anteil von 60% aller Studierenden die Hauptlast der Ausbildung.

Heidelberg hat im laufenden Wintersemester mit über 15 000 Studierenden schon heute eine Grenze überschritten, die gemäß Hochschulgesamtplan II erst im Jahr 1985 erreicht werden sollte. Die jüngsten Universitäten des Landes, Konstanz und Ulm, haben trotz weit überdurchschnittlicher Zuwachsraten erst 3% der Studierenden aufnehmen können.

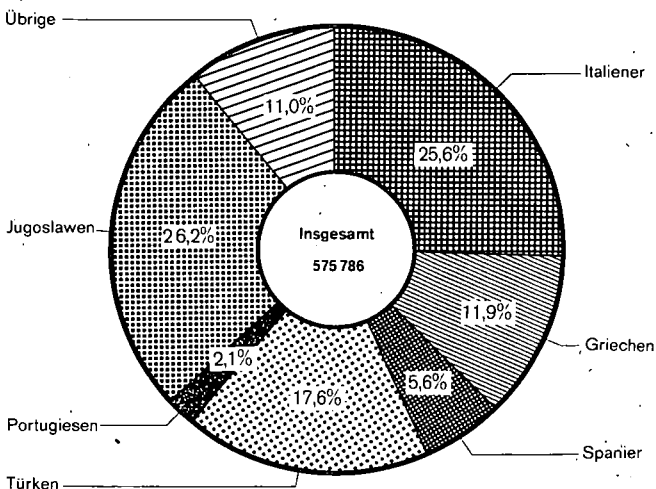
**Ruhiger Arbeitsmarkt – hoher Beschäftigtenstand**

Die im Jahr 1971 schon festzustellende Abkühlung des Arbeitsmarktklimas wurde in den ersten Monaten des abgelaufenen Jahres von saisonüblichen Auftriebskräften nur wenig beeinflusst. Der Kräftebedarf von Wirtschaft und Verwaltung – gemessen an der Zahl der offenen Stellen – blieb in den ersten drei Quartalen zum Teil deutlich hinter der Nachfrage der letzten drei Jahre zurück. Der im Juli mit rund 112 300 offenen Stellen erreichte Höchstbestand liegt um rund 9% unter der Vorjahresspitze; in dem durch starke Überbeschäftigungssymptome gekennzeichneten Jahr 1969 lag der Bedarf an Arbeitskräften sogar um ein Drittel höher.

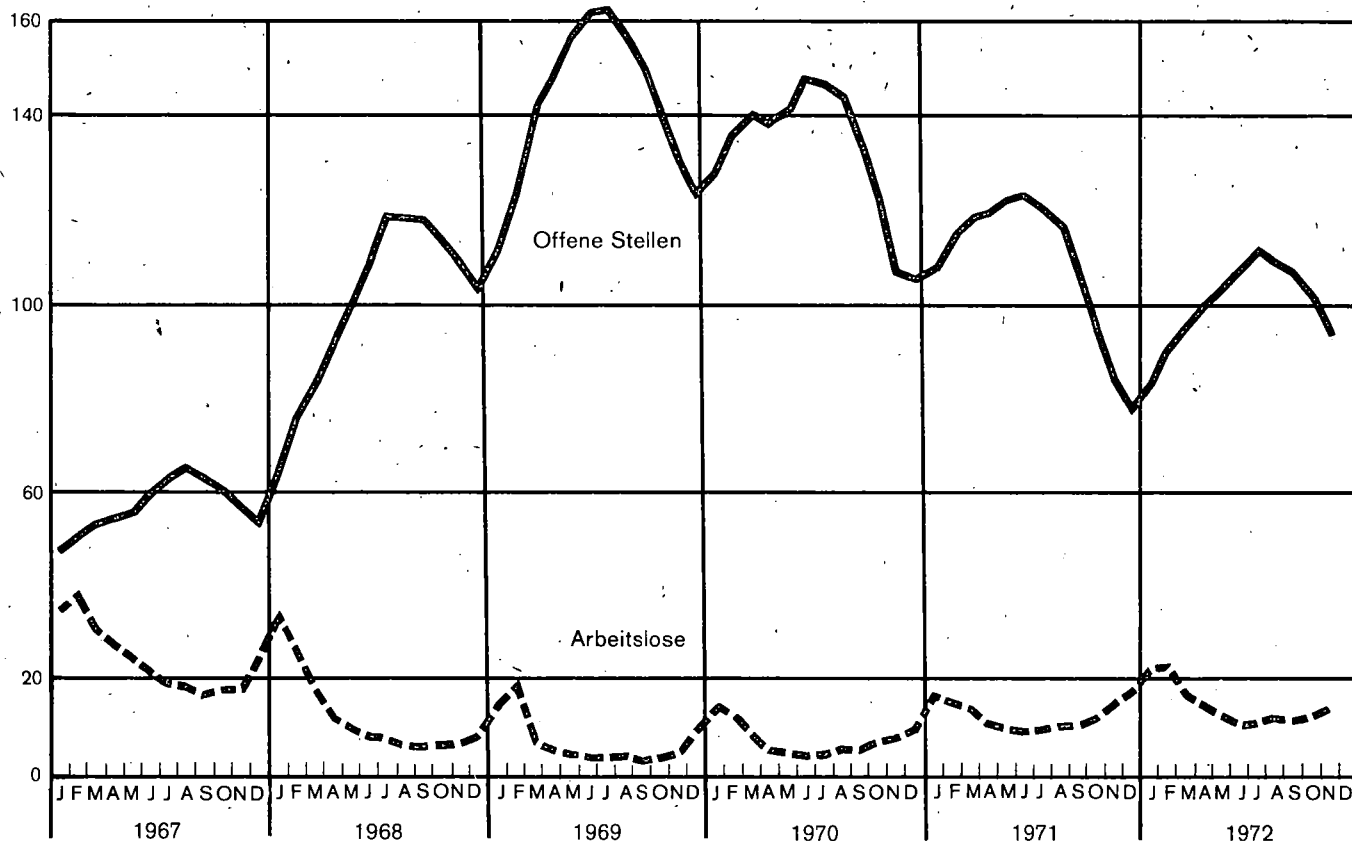
Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Arbeitslosenzahlen zu beobachten. Hier wurde trotz milden Winters im Februar mit über 23 500 Arbeitslosen ein seit 1968 nicht annähernd mehr erreichtes Niveau registriert, das um fast die Hälfte über der Vorjahreszahl lag. Der anschließende Anstieg der Beschäftigtenzahl entsprach weitgehend dem saisonüblichen Profil. Im Juni wurde mit 11 740 Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 0,3% (Bund: 0,9%) der Jahrestiefstand erreicht. Um die letzte Jahreswende waren annähernd 39 000 Arbeitnehmer von Kurzarbeit betroffen. Dieses hohe Niveau war damals zum einen Ausdruck für die skeptische Beurteilung der zukünftigen Wirtschaftsentwicklung und zum anderen auf Sondereinflüsse durch den Streit in der nordbadischen und nordwürttembergischen Metallindustrie zurückzuführen. Die Kurzarbeiterzahlen haben von Jahresbeginn an stetig abgenommen, im April erstmals den entsprechenden Vorjahreswert unterboten, und sie nähern sich mit einer Zahl von knapp 1 100 Kurzarbeitern im September wieder einem kaum noch erwähnenswerten Niveau.

Während der Rückgang der Kurzarbeiterzahlen schon in der ersten Jahreshälfte auf eine stärkere Auslastung der Kapazitäten hinwies, lassen die anderen Indikatoren erst nach der Sommerpause auf einen maßvollen Konjunkturaufschwung schließen. So lagen die offenen Stellen seit September mit

Beschäftigte nichtdeutsche Arbeitnehmer in Baden-Württemberg nach Herkunftsländern September 1972 in Prozent



19272



190 72

steigender Tendenz wieder über dem Stellenangebot von 1971, und die Arbeitslosenzahl wie auch die Arbeitslosenquote unterschritten im November erstmals die Vergleichswerte des Vorjahres.

Mit 575 786 nichtdeutschen Arbeitnehmern hat die Ausländerbeschäftigung in Baden-Württemberg im September einen Höchststand erreicht. Damit geht jeder vierte der in der Bundesrepublik beschäftigten Gastarbeiter in Baden-Württemberg der Arbeit nach. Fast siebzehn von hundert abhängigen Erwerbstätigen kommen aus dem Ausland. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Jugoslawen (26,2%) und Italiener (25,6%); Türken (17,6%), Griechen (11,9%) und Spanier (5,6%) stellen ein weiteres Drittel.

Im Spätherbst 1972 (November) ist eine positive Beurteilung des baden-württembergischen Arbeitsmarktes angebracht: mit 0,4% weist das Land die niedrigste Arbeitslosenquote im gesamten Bundesgebiet auf, die Nachfrage nach Arbeitskräften liegt um über 12% über dem Vorjahresbedarf, auf einen Arbeitslosen entfallen mindestens sechs offene Stellen, die Zahl der Arbeitsvermittlungen hat gegenüber dem Vormonat um 9% zugenommen und liegt in gleicher Größenordnung über dem Vorjahreswert. Von dieser wieder konsolidierten Arbeitsmarktsituation ausgehend und unter Berücksichtigung auch anderer Konjunkturindikatoren kann für die nächsten Monate mit einer ruhigen, aber im ganzen günstigen Arbeitsmarktentwicklung gerechnet werden.

### In 12 Jahren ein Drittel der Landwirtschaftsbetriebe aufgegeben

In Baden-Württemberg gibt es zur Zeit rund 213 000 Landwirtschaftsbetriebe ab 0,5 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche. Im Jahre 1960 waren es noch 323 000 Betriebe. Somit

hat allein in den letzten 12 Jahren gut ein Drittel die Landbewirtschaftung aufgegeben bzw. die landwirtschaftlich genutzte Fläche als Nebenerwerb unter 0,5 ha verringert. Der überwiegende Teil wurde aber von den verbleibenden größeren Betrieben aufgenommen, deren Zahl sich weiter erhöhte. Die Tendenz zum Mittel- und Großbetrieb hält demnach an.

Wie die Bodennutzungserhebung 1972 ergeben hat, ging nicht nur die Zahl der Betriebe zurück, sondern auch die landwirtschaftlich genutzte Fläche. Seit 1961 sind annähernd 170 000 ha aus der landwirtschaftlichen Nutzung ausgeschieden, das bedeutet eine Verringerung um 8,7%. Diese Bodenfläche wurde anderweitigen Nutzungen, vor allem Bebauungs- und Verkehrszwecken, zugeführt. Damit sind gegenwärtig 8,2% der Landesfläche überbaut; im Jahre 1938 waren es noch 4,7%.

Die seit einigen Jahren zu beobachtende Zunahme der Gesamtgetreidefläche hält noch immer an. Die Anbaufläche für Brotgetreide wurde allerdings ziemlich eingeschränkt, während die für Futter- und Industriegetreidearten eine kräftige Ausweitung erfahren hat.

Das Erntejahr 1972 kann, obwohl durch Gewitterregen und Hagelfälle zum Teil beträchtliche Schäden angerichtet wurden, was die Ernteerträge anbetrifft, doch als ganz gut bezeichnet werden. Die Getreideernte erreichte zwar nicht das Rekordergebnis des Vorjahres, sie übertraf aber doch die bisherige zweitgrößte Nachkriegsernte von 1967. Bei Kartoffeln wurden überdurchschnittliche Hektarerträge erzielt. Da aber, nicht zuletzt wegen der angespannten Arbeitslage und der rückläufigen Nachfrage, die Anbaufläche in den letzten Jahren zunehmend eingeschränkt wurde, lag die Gesamtkartoffelernte um 26% unter dem langjährigen Mittel. Die Weinmosternte zeigte gebietsweise zwar erhebliche Differenzen, lag aber insgesamt noch gut ein Zehntel über dem Vorjahresergebnis. Die Qualität wird zwischen den Vergleichswerten der Jahrgänge 1970 und 1968 geschätzt.

Bei der Viehhaltung setzte sich die Tendenz zur Einschränkung der Milchkuhhaltung fort. Daß damit auch eine Verbesserung verbunden ist, zeigt der gegenüber dem Vorjahr um 1,9% gestiegene Milchertrag je Kuh. Die Milcherzeugung insgesamt lag aber doch um 2% unter dem Vorjahresergebnis.

Auf die zur Zeit große Nachfrage nach Schweinefleisch haben die Schweinezüchter schnell reagiert und ihre Bestände, wie eine Zählung im September ergab, auf 2,23 Mill. Schweine erhöht, das sind 2,6% mehr als vor Jahresfrist. Von September 1971 bis September 1972 gaben die Verbraucher Baden-Württembergs rund 1,3 Mrd. DM für Schweinefleisch aus.

Die Verkaufserlöse der baden-württembergischen Landwirtschaft werden im Wirtschaftsjahr 1971/72, einschließlich der Mehrwertsteuer, aber ohne die direkten Ausgleichszahlungen und dgl. auf 4,83 Mrd. DM berechnet, das sind 6,4% mehr als im Vorjahr. Von den Verkaufserlösen entfallen knapp drei Viertel allein auf die tierischen Erzeugnisse.

## Verhaltene Belebung in der Industrie

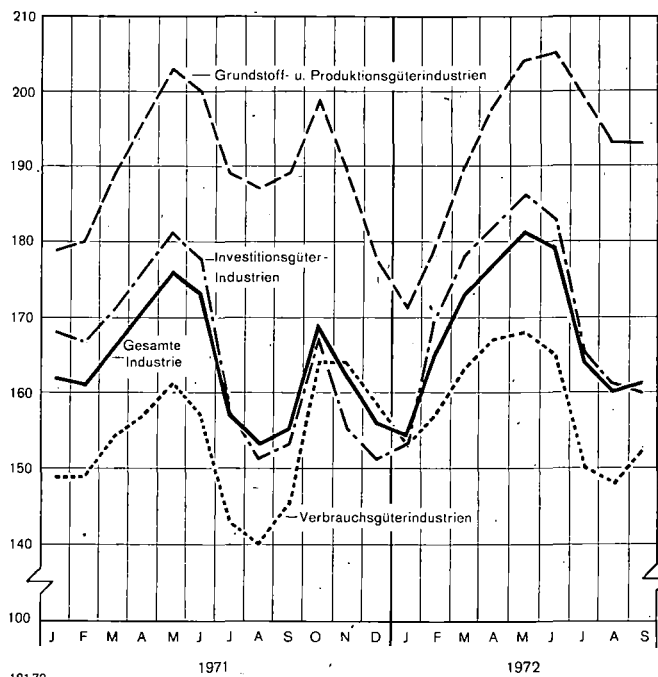
Nach dem streikbedingten tiefen Einbruch um die Jahreswende 1971/72 erholt sich die Produktion der Gesamtindustrie deutlich, so daß sie im Durchschnitt des Zeitraums Januar bis Oktober 1972 um 3,2% über dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum liegt. Im ersten Halbjahr blieben die Investitionsgüterindustrien leicht unter der allgemeinen Entwicklung zurück. Im dritten Quartal holten sie jedoch auf, so daß der Produktionsanstieg über den Zeitraum Januar bis Oktober bei 3,4% liegt. Dies geht im wesentlichen auf die mit einer Rate von 11,8% starke Zunahme in der Elektrotechnischen Industrie zurück. Die Produktion des Maschinenbaus hängt weiterhin zurück (-3,8%), die des Fahrzeugbaus steigt um, 3,6%. Deutlich überdurchschnittlich entwickeln sich die Verbrauchsgüterindustrien (+5,0%), wobei die Schwerpunkte bei der Holzverarbeitung (+12,4%) und Kunststoffverarbeitung (+9,6%) liegen. Die für Baden-Württemberg besonders wichtige Textilindustrie weist einen Anstieg von lediglich 2% aus. Im Vergleich zur Gesamtindustrie unterdurchschnittlich entwickeln sich die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+1,1%), wobei dieser Bereich allerdings erheblich divergierende Branchen umfaßt. Mit einem Produktionsanstieg von 2,3% zeigen auch die Nahrungs- und Genussmittelindustrien ein unterdurchschnittliches Wachstum.

Der Umsatz der Gesamtindustrie stieg im Zeitraum Januar bis Oktober von 78,6 Mrd. DM im Jahr 1971 auf 83,5 Mrd. DM im Jahr 1972. Setzt man zu diesem nominalen Anstieg von 6,2% die für den gleichen Zeitraum zu verzeichnende Preissteigerungsrate von 2,9% in Beziehung, so ergibt sich ein realer Umsatzanstieg von 3,3%. Leicht überdurchschnittliche reale Umsatzzunahmen weisen die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien (+4,6%) und die Verbrauchsgüterindustrien (+4,2%) aus, etwas schwächer wachsen die Investitionsgüterindustrien (+2%). Im Zeitraum Januar bis Oktober 1972 entwickelt sich in den meisten Branchen der Auslandsumsatz stärker als der Inlandsumsatz. Damit geht entsprechend ein Anstieg der Exportquote einher, der - wie im Fall des Maschinenbaus - leicht oder - wie im Fall des Fahrzeugbaus - stärker sein kann. Eine Ausnahme bilden die Verbrauchsgüterindustrien, wobei dies im wesentlichen auf den stagnierenden Auslandsumsatz in der Textilindustrie zurückgeht.

Die Entwicklung des Auftrageingangs im Durchschnitt des Zeitraums Januar bis Oktober 1972 ist im Vergleich zur Entwicklung im entsprechenden Vorjahreszeitraum für die meisten Branchen deutlich lebhafter. So ergibt sich für die Gesamtindustrie ein Anstieg des realen Auftragseingangs um 3,8%, gegenüber einer Abnahme um 1,2% von 1970 nach 1971. Auch die Investitionsgüterindustrien weisen einen wenn auch nur kleinen Anstieg (+1,1%) aus (Vorjahr: -5,9%). Besonders

## Industrielle Produktion (gleitender 3-Monatsdurchschnitt)

1962 = 100



19172

bemerkenswert ist die Tatsache, daß diese im Vergleich zum Vorjahr lebhaftere Bestelltätigkeit im wesentlichen auf Impulse aus dem Inland zurückgeht. Der Ordereingang vom September zum Oktober 1972 durchbricht mit einer Wachstumsrate von knapp 18% für die Gesamtindustrie die bisher verhaltene Entwicklung. Es treffen hierbei starke Nachfrageimpulse aus dem Inland (+19,5%) mit solchen aus dem Ausland (+12%) zusammen. Es bleibt abzuwarten, ob sich dieses Ausmaß der Entwicklung fortsetzt.

Wie schon im Vorjahr so nehmen auch 1972 Beschäftigte und Arbeiterstunden weiterhin ab. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Oktober 1972 beschäftigte die Industrie etwa 1,56 Mill. Personen, das sind 1,9% weniger als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Die geleisteten Arbeiterstunden nahmen im gleichen Zeitraum um 3,7% auf 1,70 Mill. Stunden im Monatsdurchschnitt ab. Mit Abnahmen von 2,7% bei den Beschäftigten und von 4,4% bei den Arbeiterstunden vollziehen sich diese Entwicklungen in der Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie etwas stärker als im Industriedurchschnitt. Die Investitionsgüterindustrien weisen eine Beschäftigtenabnahme von 1,8% und eine Abnahme der Arbeiterstunden von 4,1% aus. Die Entwicklung der Lohn- und Gehaltssumme zeigt im Jahr 1972 einen mäßigen Verlauf. Sie nimmt im Zeitraum Januar bis Oktober 1972 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 7,8% auf 22,1 Mrd. DM zu. Die Gehaltssumme steigt mit 11,7% stärker als die Lohnsumme (5,7%), was auf den Rückgang zum einen der Zahl der Arbeiter (-3,1%) zum anderen der Zahl der Arbeiterstunden zurückzuführen ist. Der Rückgang des Arbeitsvolumens bei steigender Produktion weist deutlich auf Rationalisierungserfolge in der Industrie hin.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß sich im abgelaufenen Jahr Produktion und Umsatz der Industrie stärker als im Vorjahr aber immer noch relativ schleppend entwickelten. Die Auftragseingangsentwicklung ist über den Gesamtzeitraum gesehen günstiger als im Vorjahr; bemerkenswert ist die Belebung der Inlandsnachfrage und der starke Ordereingang vom September zum Oktober 1972.

**Tabelle 4**  
**Entwicklung von Umsätzen, Auftragseingängen und Preisen**

Industriezweig	Umsatz			Exportquote <sup>1)</sup>		Auftragseingang				Index der Erzeugerpreise			
	Januar-Oktober												
	1971	1972	Veränderung 1971/72	1971	1972	1971	1972	Veränderung		1971	1972	Veränderung	
								1971/72	1970/71			1971/72	1970/71
	1000 DM		%		1962 = 100		%		1962 = 100		%		
Industrie insgesamt	78 633,9	83 535,6	6,2	20,0	20,7	195	208	6,7	3,7	-	-	-	-
Inland	62 883,8	66 269,1	5,4	-	-	178	191	7,3	3,5	112,4	115,7	2,9	4,9
Ausland	15 750,1	17 266,5	9,6	-	-	283	297	4,9	6,4	-	-	-	-
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie	14 314,3	15 026,2	5,0	12,0	12,8	203	222	9,5	3,6	-	-	-	-
Inland	12 595,1	13 106,2	4,1	-	-	188	206	9,3	2,7	105,6	106,0	0,4	3,1
Ausland	1 719,2	1 920,0	11,7	-	-	374	410	9,8	7,5	-	-	-	-
Investitionsgüterindustrie	40 439,8	42 615,9	5,4	29,1	30,3	201	210	4,5	1,5	-	-	-	-
Inland	28 679,4	29 687,8	3,5	-	-	180	189	5,0	± 0	118,9	123,0	3,4	7,4
Ausland	11 760,4	12 928,1	9,9	-	-	269	277	3,0	4,7	-	-	-	-
darunter:													
Maschinenbauindustrie	12 356,3	12 599,0	2,0	36,9	38,5	209	204	- 2,4	- 8,7	-	-	-	-
Inland	7 802,1	7 751,7	- 0,6	-	-	188	177	- 5,9	- 10,9	131,4	137,4	4,6	9,3
Ausland	4 554,1	4 847,3	6,4	-	-	256	261	2,0	- 4,5	-	-	-	-
Elektrotechnische Industrie	10 502,5	11 468,1	9,2	20,8	21,2	243	249	2,5	7,0	-	-	-	-
Inland	8 318,9	9 033,8	8,6	-	-	226	232	2,7	8,7	108,7	111,2	2,3	4,4
Ausland	2 183,6	2 434,3	11,5	-	-	330	344	4,2	0,3	-	-	-	-
Fahrzeugbau	9 000,9	9 563,5	6,2	35,4	38,8	164	183	11,6	12,3	-	-	-	-
Inland	5 815,1	5 853,7	0,7	-	-	125	149	11,9	3,3	109,6	114,2	4,2	7,5
Ausland	3 185,8	3 709,8	16,4	-	-	289	292	1,0	27,9	-	-	-	-
Verbrauchsgüterindustrie	17 318,4	18 794,6	8,5	12,2	11,9	177	195	10,2	9,9	-	-	-	-
Inland	15 205,8	16 560,5	8,9	-	-	167	184	10,2	9,2	114,0	118,9	4,3	4,3
Ausland	2 112,7	2 234,2	5,8	-	-	313	351	12,1	14,2	-	-	-	-
darunter:													
Textilindustrie	6 109,9	6 345,4	3,9	13,6	13,2	158	163	3,2	21,5	-	-	-	-
Inland	5 278,9	5 508,2	4,3	-	-	145	150	2,9	17,9	105,3	110,6	5,0	1,4
Ausland	831,0	837,2	0,7	-	-	344	360	4,5	41,0	-	-	-	-

<sup>1)</sup> Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.

## Zurückhaltende Entwicklung im Handwerk

Während die Situation in der Industrie deutlich Zeichen der Belebung zeigt, weist die Entwicklung im Handwerk im Vergleich zu früheren Jahren eine erheblich abgeschwächte Tendenz auf. Der Umsatzanstieg betrug in den ersten drei Quartalen 1972 gut 10% gegenüber einem entsprechenden Anstieg von etwa 18% in den Jahren 1969/70 und 1970/71. Insgesamt wurden vom Januar bis zum September 1972 29,7 Mrd. DM umgesetzt. Der Handwerksumsatz – also der Umsatz von selbst hergestellten oder bearbeiteten handwerklichen Erzeugnissen und von sonstigen handwerklichen Leistungen – hat daran einen Anteil von etwa 71,5%. Während die Umsatzentwicklung sich abschwächt, nimmt die Beschäftigtenzahl von 1971 nach 1972 – jeweils Ende September – mit 4,2% stärker als in den Vorjahren zu (jeweils gut 3% von 1969 nach 1970 und von 1970 nach 1971). Damit beschäftigt das Handwerk Ende des dritten Quartals 1972 etwa 735 000 Personen. Die beiden in Baden-Württemberg größten Handwerksgruppen, das Bau- und Ausbauhandwerk sowie das metallverarbeitende Handwerk, deren Umsatz zum Vorjahr überdurchschnittlich zunahm, weisen in diesem Jahr mit Raten von 10,2% bzw. 9,4% lediglich eine durchschnittliche Entwicklung aus. Gleiches gilt für die dritte große Gruppe, die Nahrungsmittelhandwerke (11%). Die Zunahme der Beschäftigten vom September 1971 zum September 1972 ist mit Raten von 3,4% im Bau- und Ausbauhandwerk sowie mit 7,5% in den metallverarbeitenden Handwerken sowie mit 2,8% in den Nahrungsmittel- und Genussmittelhandwerken deutlich lebhafter als im Vorjahr.

## Ein Boom beim Wohnungsbau, Belebung im Tiefbau

Die ersten zehn Monate erbrachten im Hochbau eine weitere Steigerung sowohl des Bauwillens, ausgedrückt durch die Baugenehmigungen, als auch der Bauleistung. Dabei war die Steigerung zwar in erster Linie bei den Wohnbauten, zunehmend aber auch bei den Nichtwohnbauten (Wirtschaftsbauten usw.) zu verzeichnen. In den ersten zehn Monaten des Jahres

1972 erhöhte sich gegenüber dem schon hohen Stand der gleichen Zeit im Jahr 1971 das Volumen der genehmigten Wohngebäude um 14%, das der Nichtwohngebäude, bei denen 1971 ein Rückgang zu verzeichnen war, um 8%. Der Anzahl nach wurden 16% mehr Wohnungen genehmigt.

Im Wohnungsbau zeichnet sich für das Jahr 1972 ein Rekordergebnis ab. In den ersten neun Monaten wurden rund 30% mehr Wohnungen fertiggestellt als 1971. Es kann also bis zum Jahresende mit einem Rohzugang von etwa 110 000 Wohnungen gerechnet werden. Beim Nichtwohnbau wurden von Januar bis September 1972, gemessen am umbauten Raum, etwa die gleichen Bauleistungen wie 1971 erzielt. Die Steigerungen bei den Baugenehmigungen 1972 werden sich erst im Jahr 1973 auswirken.

Durch hohe Auftragsvergaben der öffentlichen Hand während der letzten Monate hat sich auch die Lage im Tiefbau, der anfänglich etwas zurückblieb und dessen Kapazitäten nicht ausgelastet waren, verbessert. In den ersten zehn Monaten wurden – vor allem für Straßenbauten – Aufträge in Höhe von 1,8 Mrd. DM vergeben. Das bedeutet gegenüber dem allerdings niedrigen Niveau des Vorjahres eine Steigerung um etwa 40%. Der Umsatz des Bauhauptgewerbes war in den ersten neun Monaten 1972 um 16,7% höher als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Ein Teil dieser Steigerung ist allerdings auf Preiseinflüsse zurückzuführen. Der Preisindex für Wohngebäude ist von August 1971 bis August 1972 um 6,1% gestiegen (Vorjahr 10%). Dabei wurde die höchste Steigerungsrate bei Fliesen- und Plattenarbeiten (+ 10,4%) festgestellt.

Mit rund einer Viertelmillion Beschäftigten stellt das Bauhauptgewerbe einen bedeutenden wirtschaftlichen Faktor dar. Die Gesamtzahl der Beschäftigten im Durchschnitt der ersten neun Monate 1972 entsprach ziemlich genau der von 1971. Auffallend ist die Zunahme der in der Verwaltung, Bauleitung und Aufsicht eingesetzten Personen. Infolge fortschreitender Mechanisierung hat sich auch die Zahl der zur Bedienung und Betreuung von Maschinen eingesetzten Facharbeiter überdurchschnittlich erhöht. Die Kapazität dieses Maschinenparks

Tabelle 5  
Baugenehmigungen und Baufertigstellungen

Berichtszeit	1972	1971	1970	Veränderung	
				1972/71	1971/70
	Zahl			%	

**A. Baugenehmigungen**  
**1. Umbauter Raum in 1000 cbm**

	Wohngebäude				
I. Vierteljahr	12 577	11 030	8 649	+ 14,0	+ 27,5
II. Vierteljahr	16 334	13 521	11 390	+ 20,8	+ 18,7
III. Vierteljahr	16 521	15 461	12 271	+ 6,9	+ 26,0
Oktober	5 304	4 566	4 264	+ 16,2	+ 7,1
Januar-Oktober	50 736	44 578	36 574	+ 13,8	+ 21,9

	Nichtwohngebäude				
I. Vierteljahr	8 248	7 800	7 677	+ 5,7	+ 1,6
II. Vierteljahr	9 462	9 164	9 410	+ 3,3	- 2,6
III. Vierteljahr	10 725	9 635	11 587	+ 11,3	- 16,8
Oktober	3 378	2 897	2 879	+ 16,6	+ 0,6
Januar-Oktober	31 813	29 496	31 553	+ 7,9	- 6,5

**2. Zahl der Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden**

I. Vierteljahr	28 157	25 107	20 310	+ 12,1	+ 23,6
II. Vierteljahr	36 538	30 011	25 198	+ 21,7	+ 19,1
III. Vierteljahr	38 832	34 565	28 588	+ 12,3	+ 20,9
Oktober	12 393	10 009	10 085	+ 23,8	- 0,8
Januar-Oktober	115 920	99 692	84 181	+ 16,3	+ 18,4

**B. Baufertigstellungen**  
**1. Umbauter Raum in 1000 cbm**

	Wohngebäude				
Januar-September	20 889	16 379	14 305	+ 27,5	+ 14,5

	Nichtwohngebäude				
Januar-September	14 581	14 218	12 263	+ 2,6	+ 15,9

**2. Zahl der Wohnungen in Wohn- und Nichtwohngebäuden**

Januar-September	48 043	37 378	32 750	+ 28,5	+ 14,1
------------------	--------	--------	--------	--------	--------

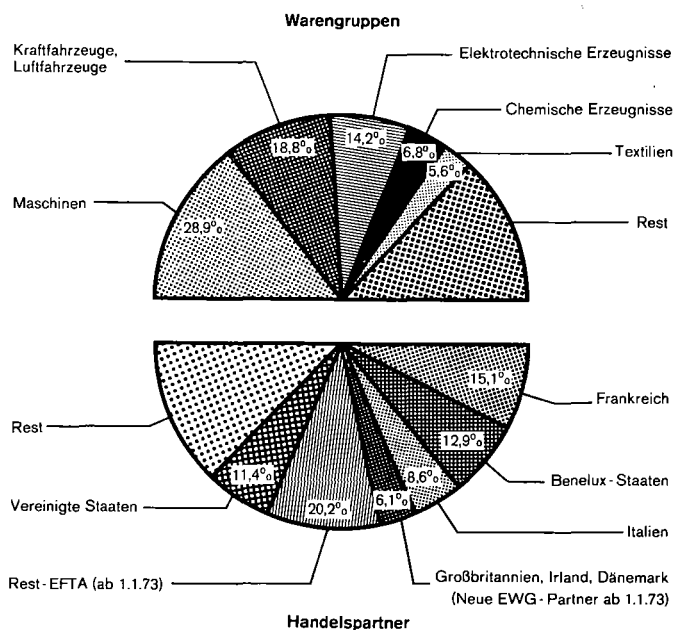
möglichst voll zu nützen, ist das angestrebte Ziel der Baubetriebe, erhöhte sich doch z. B. die Zahl der Turmdrehkrane über 16 mt seit dem Vorjahr um 18%, die Zahl der Verputzmaschinen sogar um fast 24%. Bei der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in den ersten drei Quartalen bestehen wesentliche Unterschiede zwischen 1972 und 1971. Die Gesamtzahl ist zwar 1972 nur um 2,8% gestiegen, fast die Hälfte aber (+15,4% gegenüber Vorjahreszeitraum) entfiel auf den Wohnungsbau, während für gewerbliche und öffentliche Bauten Rückgänge um bis zu 8% festgestellt wurden.

Abschließend kann gesagt werden, daß die Bauwirtschaft 1972 vor allem auf dem Gebiet des Wohnungsbaus gute Leistungen erbrachte, daß aber diese einseitige Belastung Gefahren für künftige Jahre und mangelnde Kapazitätsausnutzung bei den nicht für den Wohnungsbau spezialisierten Firmen gebracht hat.

## Außenhandel hat sich gut behauptet

Die Exportwirtschaft Baden-Württembergs hat sich trotz aller Behinderungen und Erschwerungen erstaunlich gut durchgesetzt. Konnten schon die mit starken Unsicherheiten verbundenen Ereignisse des vergangenen Jahres (Floating und amerikanische Importrestriktionen) das Ausfuhrergebnis nicht nachhaltig beeinflussen, so ist auch das „Realignment“ kurz vor Jahreswende (DM-Aufwertung von 5% und Dollar-Abwertung von 8%) sowie die Kosten- und Preissteigerung im Inland ohne nennenswerte Auswirkung auf die Wettbewerbsfähigkeit der baden-württembergischen Exporteure geblieben. Nach den bisher für die ersten drei Quartale vorliegenden Ausfuhrzahlen stimmt die Zuwachsrate für diesen Zeitraum mit der des Vorjahres überein. Der Anteil von fast 18% am Gesamtexport der Bundesrepublik ist ebenfalls unverändert geblieben. Dem steht allerdings ein nach Handelspartnern und ausgeführten Warengruppen stark geändertes Bild gegenüber. So hat

Ausfuhr nach Handelspartnern und Warengruppen  
(1.- 3. Quartal 1972)



19472

sich die Zuwachsrate der Ausfuhr in die Länder der EWG auf 4% halbiert, was insbesondere auf einen Ausfuhrückgang gegenüber Italien (- 2,3%) zurückzuführen ist, das sich gegenwärtig in einer Rezessionsphase befindet.

Nach Erweiterung der EWG zu Beginn kommenden Jahres würde sich der Ausfuhranteil in die Gemeinschaft nach derzeitigen Exportverhältnissen um rd. 1,2 Mrd. DM auf fast 43% erhöhen. Von den neuen EWG-Partnern ist die Verdoppelung der Zuwachsrate (+ 20%) gegenüber Großbritannien besonders zu erwähnen.

Das Exportwachstum in die Ostblockländer hat sich mit rund 18% sogar verdreifacht, jenes in die Vereinigten Staaten liegt mit einer Steigerung von 22% klar an der Spitze aller bedeutenden Handelspartner des Landes. Im ersten Fall dürften die allgemeinen „Klimaverbesserungen“ auslösend gewesen sein,

Tabelle 6  
Ausfuhr in den ersten drei Quartalen 1972

Handelspartner	Ausfuhr		Zunahme gegenüber 1971 in %
	Mrd. DM	%	
Insgesamt	19,07	100	+ 7,9
davon			
Europa	13,80	72,4	+ 7,1
darunter			
EWG (bis 31. 12. 72)	6,97	36,5	+ 4,0
davon			
Frankreich	2,88	15,1	+ 10,0
Benelux-Staaten	2,45	12,8	+ 1,9
Italien	1,64	8,6	- 2,3
EWG (ab 1. 1. 73)	8,12	42,6	+ 5,2
darunter			
Großbritannien	0,79	4,2	+ 19,7
Irland	0,05	0,3	+ 16,7
Dänemark	0,31	1,6	- 0,8
EFTA (ab 1. 1. 73)	3,85	20,2	+ 7,4
darunter			
Schweiz	1,81	9,5	+ 7,0
Ostblockländer	0,58	3,0	+ 17,6
Amerika	3,14	16,5	+ 18,6
darunter			
Vereinigte Staaten	2,18	11,4	+ 22,0
Afrika	0,73	3,8	- 4,0
Asien	1,20	6,3	+ 1,8
Australien und Ozeanien	0,20	1,0	+ 1,3

während sich bei den USA die Aufhebung der Importrestriktionen sowie die Verbilligung der Importpreise nach der Abwertung des Dollar bemerkbar machen. Die für die Produktionsstruktur Baden-Württembergs typischen Industrien dominieren auch im Export. Über 60% der insgesamt exportierten Waren entfallen auf Maschinen (28,9%), Erzeugnisse des Fahrzeugbaus (18,8%) und elektrotechnische Erzeugnisse (14,2%). Auch hier sind bemerkenswerte Veränderungen in den Zuwachsraten zu beobachten: Während die Ausfuhr an Maschinenbauerzeugnissen mit 4,5% nur halb so stark wie im Vorjahr anstieg, hat sich das Exportwachstum bei den Erzeugnissen des Fahrzeugbaus mit 16,8% auf nahezu das Vierfache beschleunigt.

Seit Anfang 1970 erlaubt die Außenhandelsstatistik auch eine Aufgliederung der Einfuhren nach Bundesländern. Allerdings ist die Aussagefähigkeit der Ergebnisse aus methodischen Gründen nicht mit jener der Ausfuhren unmittelbar vergleichbar. Dennoch sind die Ergebnisse als Größenordnung für die außenwirtschaftliche Verflechtungsstruktur des Landes aufschlußreich. Über die Hälfte der Importe stammen 1972 (3. Quartal) aus EWG-Ländern, allein ein Fünftel aus Frankreich. Bei den eingeführten Waren überwiegen Nahrungs- und Genußmittel (14,5%), Halbwaren (10,8%) und Rohstoffe (10,5%). Ein Einfuhrwachstum hat sich mit 7,3% (Vorjahr: 10,0%) verlangsamt. Hier dürften die Gründe zum einen in den Preissteigerungen wichtiger Importgüter im Ausland und in dem nur verhaltenen inländischen Wirtschaftswachstum zu suchen sein.

Das Ausfuhrergebnis für das gesamte Jahr 1972 wird mit Sicherheit einen neuen Höchststand erreichen, der deutlich über 25 Mrd. DM (+ 6,5%) liegen dürfte. Die Entwicklung in den kommenden Monaten hängt einmal vom wirtschaftlichen Aufschwung in unseren Partnerländern ab, zum anderen wird die Erweiterung der EWG das Ausfuhrwachstum beleben.

## Einzelhandel hat steigende Umsätze – Fremdenverkehr stagniert

Die Umsätze der Einzelhandelsunternehmen in Baden-Württemberg lagen bereits in den ersten neun Monaten des Jahres um 8% höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Damit folgt Baden-Württemberg in etwa dem vom Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung für das Bundesgebiet geschätzten Trend.

Tabelle 7  
Index der Einzelhandelsumsätze  
Monatsdurchschnitt 1962 = 100

Wirtschaftsgruppe	Januar–September Monatsdurchschnitt		Veränderung %
	1971	1972	
Einzelhandel mit:			
Waren verschiedener Art .....	204	221	+ 8,3
Nahrungs- und Genußmittel .....	173	182	+ 5,2
Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen .....	151	169	+ 11,9
Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunst- stoffen, Glas, Feinkeramik und Holz .....	187	212	+ 13,4
Elektrotechnischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten .....	177	208	+ 17,5
Papierwaren und Druckerzeugnissen .....	195	210	+ 7,7
Pharmazeutischen, orthopädischen, medizinischen und kosmetischen Artikeln sowie mit Putz- und Reinigungsmitteln .....	214	240	+ 12,1
Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen .....	172	162	- 5,8
Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen .....	196	200	+ 2,0
Sonstige Waren .....	185	196	+ 5,9
Einzelhandel insgesamt .....	178	192	+ 7,9

Zu dieser Umsatzerhöhung hat allerdings die Preisentwicklung entscheidend beigetragen, denn unter Zugrundelegung konstanter Preise ergibt sich eine wesentlich geringere Zuwachsrate von etwa 3%.

Abgesehen vom Geschäft mit Kohle und Mineralölerzeugnissen, das nicht zuletzt unter dem verhältnismäßig milden Winter 1971/72 gelitten haben dürfte, haben fast alle Branchen mehr oder weniger hohe nominelle Steigerungsraten aufzuweisen. Besonders lebhaft war die private Nachfrage nach elektrotechnischen und optischen Erzeugnissen sowie nach Uhren und Hausrats- und Wohnbedarfsartikeln. Diese beiden Sparten sind neben dem Facheinzelhandel mit Papierwaren und Druckerzeugnissen sowie pharmazeutischen, kosmetischen und ähnlichen Erzeugnissen diejenigen, die ihr Umsatzvolumen in den letzten Jahren am kräftigsten steigern konnten.

Das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe konnte einen Umsatzzuwachs von ca. 7% erzielen. Auch hier dürfte angesichts der allgemeinen Preissteigerungen nur ein geringfügiger realer Zuwachs zu veranschlagen sein. Dies gilt auch für die Umsätze aus Übernachtungen, die zwar eine nominale Steigerung von 9% aufweisen, dafür aber auch von stärkeren Preissteigerungen betroffen wurden. Die für das Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe festgestellte Entwicklung wird auch durch die Ergebnisse der Fremdenverkehrsstatistik bestätigt. Das in den letzten Jahren anhaltende Anwachsen der Zahl der Gästeübernachtungen in den Fremdenverkehrsgemeinden hat sich zwar auch im Sommerjahr 1972 fortgesetzt, die Zuwachsrate blieb aber mit 1% erheblich hinter der des Vorjahreszeitraums zurück. Der weniger befriedigende Verlauf der diesjährigen Sommersaison ist unter anderem auf die ungünstigeren Reisewetterbedingungen, in erster Linie aber auf einen schon länger anhaltenden Rückgang der Zahlen für Gäste aus dem Ausland zurückzuführen. Diese ungünstige Entwicklung dürfte nicht zuletzt auch die Folge einer relativen Verteuerung gegenüber dem Ausland sein.

## Überlastete Straßen im Straßenverkehr

Zwar konnte das Straßennetz Baden-Württembergs seit 1961 um 13% auf 65 100 Kilometer erweitert werden, jedoch hat sich trotz dieser Bemühungen das Mißverhältnis zwischen Straßenkapazität und Verkehrsdichte ständig vergrößert. Dieses Bild ändert sich nur wenig, wenn man anstelle der Straßenlängen die im gleichen Zeitraum um nahezu 25% gewachsenen Verkehrsflächen in die Gegenüberstellung einbezieht. Der Kraftfahrzeugbestand hat sich nämlich seit 1961 um nahezu 110% auf fast 3 Mill. Fahrzeuge mehr als verdoppelt. Bezogen auf 1000 Einwohner weist Baden-Württemberg nach den zugelassenen Personen- und Kombiwagen eine Verkehrsdichte von 271 auf und liegt damit unter den Bundesländern nach Hessen (281) an zweiter Stelle.

Tabelle 8  
Straßenverkehrsunfälle

Bezeichnung	Januar–Oktober		Veränderung %
	1971	1972	
	Anzahl		
Unfälle mit Personenschäden	40 706	43 119	+ 5,9
Getötete .....	2 251	2 344	+ 4,1
Schwerverletzte .....	18 285	19 444	+ 6,3
Leichtverletzte .....	41 663	43 566	+ 4,6

Nicht zuletzt war dieses sich zunehmend ungünstiger gestaltende Verhältnis zwischen Motorisierung und Verkehrsfläche neben anderen negativen Begleiterscheinungen die Ursache für vermehrte Verkehrsunfälle.

## Geringerer Schiffsgüterumschlag

Für die Binnenschifffahrt des Landes deutet sich nach den ersten zehn Monaten des Jahres 1972 im Vergleich mit dem Vorjahr ein geringeres Jahresergebnis an. So liegt die Umschlagsleistung von Januar bis Oktober, nicht zuletzt wegen ungünstiger Wasserstände in den ersten drei Monaten des Jahres, um rund 3% unter der des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Insbesondere der Umschlag von Kies und Sand war auf Oberrhein und Main infolge des Niedrigwassers bemerkenswert geringer.

## Fast 1,9 Millionen Fluggäste

Auf dem Flughafen Stuttgart hat sich die Zahl der Fluggäste in den ersten zehn Monaten von 1,7 Mill. im Jahr 1971 auf fast 1,9 Mill. im Jahr 1972 um rund 8% erhöht. Gleichzeitig konnte der Frachtgüterumschlag um 6,5% auf 28 267 Tonnen gesteigert werden. Der Postversand erhöhte sich um rund 10%, während der Postempfang um 6% geringer war.

## Steigende Löhne und Preise

Von Juli 1971 bis Juli 1972 stiegen die Stundenverdienste der Industriearbeiter in Baden-Württemberg um 8,8%. Infolge geringfügiger Arbeitszeitverkürzungen ergab sich für die Wochenlöhne nur eine Steigerung von 8,6%. Etwas stärker war der Anstieg bei den Angestelltenmonatsgehältern (+ 9,4%), wobei zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen je nach Beschäftigtenstruktur starke Niveauunterschiede bestanden.

Der durchschnittliche Stundenlohn der männlichen Industriearbeiter betrug Mitte des Jahres 7,83 DM (Vorjahr 7,20 DM). Den höchsten Lohn erhielten Männer in den Investitionsgüterindustrien mit 8,10 DM je Stunde. Beim Hoch- und Tiefbau wurden 7,62 DM verdient. Bei den Verbrauchsgüterindustrien lagen die Stundenlöhne etwas niedriger, was zum Teil auf die verschiedenartige Beschäftigtenstruktur zurückzuführen ist. Diese Strukturunterschiede wirken sich auch auf den Durchschnittsstundenlohn der Frauen aus, der bei 5,76 DM lag. Auch sie verdienten in den Investitionsgüterindustrien mit 6,04 DM am meisten.

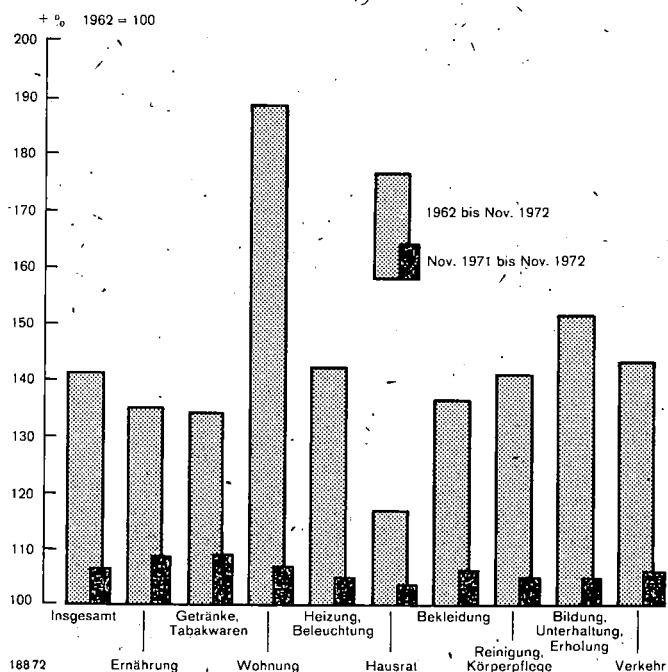
Wenn die Lohnerhöhungen zu den Preissteigerungen, wie sie im Preisindex für die Lebenshaltung zum Ausdruck kommen, in Beziehung gesetzt werden, ergibt sich ein realer Lohnanstieg um 2,4% in Jahresfrist, gegenüber 5,9% und 9,1% in den Vorjahren. Die Steigerungen der Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahr hielten sich im Januar noch auf über 6%. Im April und Mai 1972 waren sie mit 5,1% am niedrigsten, stiegen jedoch bis Oktober 1972 auf über 7%. Im November verlangsamte sich der Preisanstieg etwas (+ 6,8%). Die Entwicklung der Verbraucherpreise stand im ganzen Jahr 1972 im Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung. Bei der Diskussion wurde, aber die durchaus differenzierte Entwicklung bei den Ausgabengruppen zu wenig beachtet (Schaubild).

Gegenüber dem Basisjahr 1962 haben sich vor allem die Ausgaben für die Gruppe „Wohnung“ überdurchschnittlich erhöht (88,4%), außerdem die Ausgaben für „Bildung, Unterhaltung und Erholung“ (51,4%), für „Verkehr“ (43,0%) sowie für „Heizung und Beleuchtung“ (42,0%). Gegenüber dem Vorjahr waren die Steigerungen bei „Getränken und Tabakwaren“ (9,0%), bei „Ernährung“ (8,9%) und bei Bekleidung“ (6,2%) besonders hoch. Ein Teil der starken Erhöhungen ist auf administrative Maßnahmen zurückzuführen (Freigabe der Wohnraumbewirtschaftung, Bahntarife, Tabaksteuer, Postgebühren), im übrigen sind vor allem lohnintensive Leistungen im Preis gestiegen.

Der Preisindex für Wohngebäude (Bauleistungen am Gebäude) stieg in Baden-Württemberg im Februar 1972 noch um 8,1% gegenüber dem gleichen Vorjahresmonat. Im Laufe des Jahres verlangsamte sich jedoch der Anstieg (August 1972 + 6,1%)

Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung  
November 1972 gegenüber 1971 und 1962 in Prozent

— Mittlere Verbrauchergruppe —



und entsprach den Steigerungen der Verbraucherpreise. Bei den Baupreisen ist also eine relative Beruhigung eingetreten. Bei den Einkaufspreisen landwirtschaftlicher Betriebsmittel ergab sich im Februar 1972 noch eine Steigerung von 5,5% gegenüber dem Vorjahresmonat. Im Mai übertrafen die Preissteigerungen in diesem Bereich (+ 6,0%) die der Verbraucherpreise; im August 1972 war die Preissteigerung mit 5,6% geringer. Dabei überlagern sich verschiedene Tendenzen. Verbilligungen in den Bereichen Handelsdünger sowie Nutz-

Tabelle 9  
Preisentwicklung  
(1962 = 100)

Monat	Lebenshaltung mittlere Verbrauchergruppe		Bauleistungen an neuen Wohngebäuden	
	Index	Zunahme gegen Vorjahr in %	Index	Zunahme gegen Vorjahr in %
<b>1971</b>				
Januar	126,4	4,1		
Februar	127,6	4,8	148,4	9,6
März	128,5	5,1		
April	129,1	5,2		
Mai	129,7	5,4	155,4	10,1
Juni	130,4	5,4		
Juli	130,8	5,6		
August	130,6	5,4	156,8	10,0
September	131,2	6,1		
Oktober	131,6	6,2		
November	132,3	6,2	157,7	8,7
Dezember	132,9	6,5		
<b>1972</b>				
Januar	134,4	6,3		
Februar	134,9	5,7	160,4	8,1
März	135,2	5,2		
April	135,7	5,1		
Mai	136,3	5,1	165,1	6,2
Juni	137,5	5,4		
Juli	138,5	5,9		
August	138,5	6,0	166,4	6,1
September	140,0	6,7		
Oktober	141,0	7,1		
November	141,3	6,8	167,1	6,0
Dezember	141,8	6,7		

und Zuchtvieh reichten aus, um die Preissteigerungen in den anderen Indexgruppen zu kompensieren.

Die Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte lagen im Oktober 1972 im Bundesgebiet um knapp 18% (ohne Mehrwertsteuer und ohne Aufwertungsausgleich) über dem Niveau von 1961/63. Im Januar waren es nur 6,4% gewesen, seitdem stieg der Index gleichmäßig an.

Fast die gleiche Preissteigerung gegenüber dem Basisjahr 1962 wiesen die Erzeugerpreise industrieller Produkte im Oktober 1972 aus. Bei ihnen war allerdings schon im Januar 1972 mit 114,0 ein relativ hoher Indexstand erreicht; die monatlichen Preissteigerungen hielten sich in engen Grenzen. Als eine Folge der DM-Aufwertungen ist der relativ niedrige Indexstand bei den Einkaufspreisen für Auslandsgüter anzusehen. Der Index stieg von 104,4 im Januar 1972 (1962=100) auf 108,7 im Oktober. Dabei stiegen die Preise für Güter aus EWG Ländern (111,2) stärker als die für Güter aus Drittländern (107,5). Die Verkaufspreise für Ausfuhrgüter lagen im Januar 1972 um 22,8% über dem Stand von 1962; bis Oktober hatte sich der Index auf 125,6 erhöht.

### Es wurde noch nie so viel gespart

Der Bestand an Spareinlagen bei den Kreditinstituten erreichte im Oktober mit 37,1 Mrd. DM den bis jetzt höchsten Stand. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das eine Zunahme um 4,7 Mrd. DM oder 14,5%. Da der private Verbrauch ebenfalls beachtlich zugenommen hatte, mag diese Tatsache etwas überraschen, vor allem auch im Hinblick auf die Verteuerung der Lebenshaltung.

Daß die hohe Sparleistung unter diesen Umständen überhaupt möglich war, ist ein Beweis dafür, daß die Masseneinkommen ebenfalls beträchtlich gestiegen sein müssen. Eine weitere Voraussetzung ist natürlich auch ein ausgeprägter Sparwille, wobei verschiedene Motive mitspielen können.

In Baden-Württemberg bekommt die Spartätigkeit ihre besondere Note durch die weite Verbreitung, die das Bausparen gefunden hat. Beim Bausparen steht Baden-Württemberg mit über 1 060 DM je Kopf der Bevölkerung unter den Bundesländern weit an der Spitze (Bundesdurchschnitt 751 DM). Faßt man die beiden wichtigsten Sparformen, das Konten- und das Bausparen zusammen, hat Baden-Württemberg am gesamten Sparaufkommen des Bundesgebiets einen Anteil von 16,4%. In unserem Land wird demnach im Verhältnis zum Bevölkerungsanteil (14,7%) überdurchschnittlich viel gespart.

Tabelle 10  
Entwicklung der Spareinlagen  
Stand am Jahresende

Jahr	Kontensparen		Bausparen	
	Insgesamt	Zunahme gegen Vorjahr	Insgesamt	Zunahme gegen Vorjahr
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
1966 ..	18 294	15,8	5 602	17,7
1967 ..	20 945	14,5	6 038	7,8
1968 ..	24 501	17,1	6 415	6,2
1969 ..	27 606	12,7	7 223	12,6
1970 ..	30 467	10,4	8 420	16,6
1971 ..	34 300	12,6	9 596	14,1
1972 ..	37 062 <sup>1)</sup>	14,5	9 663 <sup>2)</sup>	15,1

<sup>1)</sup> Stand 31.10. 1972. - <sup>2)</sup> Stand 30. 6. 1972.

Wenn von Hamburg abgesehen wird, weist Baden-Württemberg mit rund 4850 DM je Einwohner unter den Bundesländern bei diesen beiden Sparformen die höchste Sparleistung auf. Es scheint also schon etwas daran zu sein, wenn die Sparfreudigkeit als charakteristischer Wesenszug der Bevölkerung dieses Landes bezeichnet wird.

Tabelle 11  
Kassenmäßige Steuereinnahmen Januar bis Oktober 1972

Steuerart	Steuer- aufkommen		Steuereinnahmen			
			Land		Gemeinden (Gv.)	
	Mill. DM	Zu- nahme gegen Vorjahr in %	Mill. DM	Zu- nahme gegen Vorjahr in %	Mill. DM	Zu- nahme gegen Vorjahr in %
I. <b>Gemeinschaftliche Steuern</b> .....	17 930,3	15,3	6 757,4	18,5	1 274,4	18,4
a) Steuern vom Einkommen .....	11 182,5	18,4	4 709,9	16,6	1 274,4	18,4
Lohnsteuer .....	6 383,3	16,4				
Veranlagte Einkommensteuer .....	2 964,2	25,3			1 274,4	18,4
Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag .....	286,8	12,0			-	-
Körperschaftsteuer .....	1 548,3	15,3			-	-
b) Steuern vom Umsatz .....	6 252,5	10,5	1 799,9	24,8	-	-
Umsatzsteuer .....	4 774,3	11,2			-	-
Einfuhrumsatzsteuer .....	1 478,2	8,1	1 799,9	24,8	-	-
c) Gewerbesteuerumlage .....	495,2	12,6	247,6	12,6	-	-
II. <b>Landessteuern</b> .....	1 346,0	7,3	1 346,0	7,3	-	-
darunter Kraftfahrzeugsteuer .....	625,0	14,8	625,0	14,8	-	-
III. <b>Gemeindesteuern</b> .....	2 350,5	18,0	-	-	1 857,0 <sup>2)</sup>	19,6
darunter Gewerbesteuer .....	1 916,4	21,0	-	-	1 422,8 <sup>2)</sup>	25,2

<sup>1)</sup> Januar bis September 1972. - <sup>2)</sup> Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

### Hoher Anstieg der Steuereinnahmen

Der Staatshaushaltsplan für 1972 wurde im Februar 1972 mit einer Höhe von 13,6 Mrd. DM - später wurde er auf knapp 13,7 Mrd. DM erhöht. - vom Landtag verabschiedet. Schon wenige Wochen später wurde ein erster Nachtrag in Form eines Eventualhaushalts über knapp 320 Mill. DM aufgestellt. Dieser Nachtrag mußte im Jahresablauf ersatzlos gestrichen werden, da die bei der Bundesbank festgelegte Konjunkturausgleichsrücklage, die die einzige Deckung dieses Haushalts bildete, nicht freigegeben wurde. Ende Oktober wurde ein zweiter Nachtragshaushalt über knapp 532 Mill. DM eingebracht, der überwiegend durch die im Jahr 1972 erzielten Steuermehreinnahmen in Höhe von etwa 400 Mill. DM gedeckt wird. Damit erreicht der Staatshaushalt 1972 ein Volumen von etwa 14,2 Mrd. DM, was einen Anstieg gegenüber dem Ist-Ergebnis von 1971 um 10% bedeutet. Der am 30. November 1972 vorgelegte Haushalt für 1973 sieht Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 15,7 Mrd. DM vor, er liegt damit um 10,8% über dem Planansatz für 1972. Die Haushaltsansätze der Gemeinden (ohne Gemeinden unter 10 000 Einwohnern) erreichen 1972 eine Höhe von 11,32 Mrd. DM, das sind 1,2 Mrd. DM oder 12,1% mehr als 1971.

Im Staatshaushalt werden auf der Einnahmeseite 1972 Steuereingänge in Höhe von 10,4 Mrd. DM und 1973 in Höhe von 11,5 Mrd. DM (+ 10,6%) veranschlagt. Die Nettokreditaufnahmen belaufen sich in beiden Jahren auf gut 700 Mill. DM. Auf der Ausgabenseite bildet die Funktion Bildung, Wissenschaft, Forschung und kulturelle Angelegenheiten mit einem Anteil von über 30% den größten Bereich, allerdings dicht gefolgt von der Allgemeinen Finanzwirtschaft. In den Gemeinden liegt der Schwerpunkt bei Ausgaben für die Soziale Sicherung und für Kriegsfolgen sowie für Gesundheit, Sport und Wohnungswesen mit einem Anteil von zusammen über 50%.

Das Steueraufkommen stieg im Jahr 1972 deutlich stärker als veranschlagt, was im wesentlichen auf die breite Zunahme der Einkommen im mittleren Bereich zurückgeht. Die Steuern, an

denen Bund, Länder und Gemeinden gemeinschaftlich partizipieren, stiegen im Zeitraum Januar bis Oktober 1972 auf knapp 18 Mrd. DM und damit um 15,3% gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum (vgl. Tabelle 11). Darunter nahmen die Steuern vom Einkommen überdurchschnittlich zu und unter diesen wiederum war es die veranlagte Einkommensteuer, die um rund 25% stieg. Von diesem Aufkommen flossen dem Land etwa 6,8 Mrd. DM als Einnahmen zu, das ist fast ein Fünftel mehr als im Vorjahr. Die reinen Landessteuern entwickelten sich demgegenüber mit einer Rate von 7,3% nur mäßig. Insgesamt verzeichnet das Land im Zeitraum Januar bis Oktober 1972 somit Steuereinnahmen in Höhe von 8,1 Mrd. DM. Aus den gemeinschaftlichen Steuern erzielten die Gemeinden über ihren Anteil an der Lohnsteuer und an der veranlagten Einkommensteuer 1,3 Mrd. DM, das ist ebenfalls fast ein Fünftel mehr als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Aus den reinen Gemeindesteuern erhielten sie in den ersten drei Quartalen 1972 1,9 Mrd DM (+ 19,6%).

### Abgeschwächtes Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt

Im Bundesgebiet war das Bruttoinlandsprodukt im 1. Halbjahr 1972 um 9,3% größer als im 1. Halbjahr 1971. Schaltet man die eingetretenen Preissteigerungen aus, ergibt sich noch ein realer Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts von 2,4%. Gegenüber dem vorangegangenen zweiten Halbjahr 1971 bedeutet das einen leichten Wachstumsanstieg, eine Tendenz, die sich, so weit sich übersehen läßt, auch in der zweiten Hälfte des Jahres fortsetzte.

In Baden-Württemberg wird das Bruttoinlandsprodukt nach vorläufigen Berechnungen im Jahr 1972 eine Höhe von rund 126,8 Mrd. DM erreichen. Wie sehr in Baden-Württemberg die Wirtschaftskraft durch das Produzierende Gewerbe bestimmt wird, zeigt dessen hoher Anteil von nahezu 60%. Die Güterverteilung (Handel und Verkehr) trägt 14% zum Inlandsprodukt bei und die Dienstleistungsbereiche (einschließlich Staat) 24%. Der Anteil der Landwirtschaft liegt unter 3%. Gegenüber dem Vorjahr hat das Bruttoinlandsprodukt eine Zunahme von ungefähr 10% erfahren, bei Ausschaltung der Preiseinflüsse wird das reale Wachstum bei 2,5% liegen.

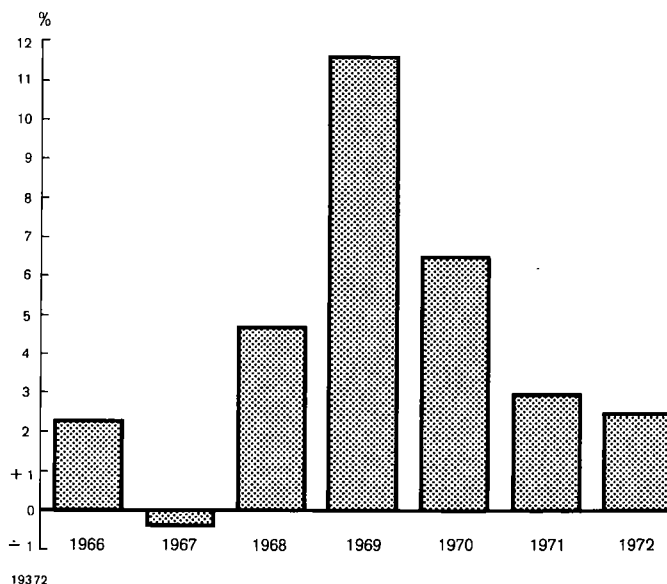
### Ausblick

Auf dem Gebiet der Bevölkerungsbewegung haben sich im Jahr 1972 Entwicklungen abgezeichnet, die auch für die nächste Zeit bestimmend zu sein scheinen. So hat sich der Geburtenrückgang weiter fortgesetzt und ohne Ausländergeburt wäre bereits kein natürliches Bevölkerungswachstum mehr gegeben. Eine Veränderung der Bevölkerungszahl wird deshalb in immer stärkerem Maße von der Wanderungskomponente beeinflusst.

Eine Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung rechtfertigt wohl die Feststellung, daß der 1970 einsetzende Konjunkturrückgang im 2. Halbjahr 1971 seinen Tiefpunkt erreicht hat und der Prozeß der Wachstumsabschwächung seinen Abschluß gefunden haben dürfte. Dabei war am Jahresanfang die Lage durchaus noch nicht so eindeutig bestimmt. Es gab Stimmen, die, zumindest in der ersten Hälfte des Jahres, eine leichte Rezession für wahrscheinlich hielten. Talfahrt oder Aufstieg lautete für das Jahr 1972 deshalb die Frage.

Heute wissen wir, die Talfahrt hat nicht stattgefunden, aber auch kein stürmischer Aufschwung. Die wirtschaftliche Entwicklung dieses Jahres war vielmehr gekennzeichnet durch eine maßvolle konjunkturelle Aufwärtsbewegung und einen verstärkten Preisanstieg. Die hohen Zuwachsraten, wie sie das Bruttoinlandsprodukt in der Vergangenheit in Perioden des Aufschwungs aufwies, wurden nicht erreicht und sind vorerst

Veränderung der realen Wachstumsrate des Bruttoinlandsproduktes gegenüber dem Vorjahr



auch kaum zu erwarten. Immerhin kann aber doch von einer neuerlichen Konjunkturbelebung gesprochen werden, und wenn sie sich durch keine besondere Dynamik auszeichnet, so u. a. wohl auch deshalb, weil sie, im Gegensatz zu 1966/67, von einem verhältnismäßig hohen Niveau ausging, von einem weit höheren Grad der Kapazitätsauslastung und ohne nennenswerte Reserven an Arbeitskräften. Unter diesen Bedingungen ist in gewisser Hinsicht das gemäßigte Aufschwungstempo nach stabilitätspolitischen Gesichtspunkten sogar zu begrüßen. Es wurde weitgehend von der Entwicklung in der Industrie bestimmt, die mit ihrer Gesamtproduktion real 3,2% über dem Vorjahresniveau lag. Die Hauptstütze der Industriekonjunktur war die Konsumgüterindustrie, die Investitionsgüterindustrie stand dagegen etwas im Schatten der Konjunktur und zeigte im allgemeinen geringere, oder wie zum Beispiel der Maschinenbau, keine Produktionssteigerungen.

Expansive Impulse auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung strahlten bisher in beachtlichem Maße auch von der Bauwirtschaft aus. Hier war es vor allem der Wohnungsbau, der mit einer Zunahme von über 25% zur Belegung beitrug.

Soweit von den Auftragseingängen bei der Industrie und im Baugewerbe auf die weitere Entwicklung geschlossen werden kann, ist mit einer weiter anhaltenden Belegung, mindestens im bisherigen Ausmaß, zu rechnen. Günstigere Anzeichen liegen seit neuestem auch für die Investitionsgüterindustrie vor, was für die Nachhaltigkeit und weitere Entfaltung des konjunkturellen Aufschwungs von entscheidender Bedeutung sein kann.

Bemerkenswert ist die verhältnismäßig stark wachsende Auslandsnachfrage im Zusammenhang mit der konjunkturellen Belegung in wichtigen Partnerländern. Vielleicht sind es auch erste Anzeichen einer wieder langsam in Gang kommenden Weltkonjunktur. Davon könnten auf die stark exportorientierte Industrie Baden-Württembergs nachhaltige Impulse ausgehen.

Wie sehr sich das auch auf das gesamtwirtschaftliche Ergebnis auswirken würde, kann man ermesen, wenn man bedenkt, daß die Höhe des Bruttoinlandsprodukts in den letzten Jahren zu über einem Fünftel durch Exportleistungen bestimmt wurde. Der *Arbeitsmarkt* bleibt nach wie vor überfordert. Zwar gab es in der ersten Hälfte des vergangenen Jahres bei einigen Industriezweigen Kurzarbeit, sie wurde aber mit fortschreitender Konjunkturerholung stark abgebaut. Im September standen über 107 000 offene Stellen 12 500 Arbeitslosen

gegenüber. Mit einer Arbeitslosenquote von 0,4% lag Baden-Württemberg weit unter dem Bundesdurchschnitt von 0,9%. Insgesamt gesehen haben wir es weiter noch immer mit einer Überbeschäftigung zu tun. Das wird durch die anhaltend starke Zunahme ausländischer Arbeitskräfte deutlich, deren Zahl sich in der Bundesrepublik im September auf 2,3 Mill. belief. Für die baden-württembergische Wirtschaft spielt die *Ausländerbeschäftigung* eine besonders große Rolle. Sie erreichte im September mit über 575 000 ausländischen Arbeitskräften einen neuen Höchststand. Im Vergleich mit den anderen Bundesländern weist Baden-Württemberg mit einer Ausländerquote von 16,7% die stärkste Ausländerbeschäftigung auf. Demgegenüber betrug die Ausländerquote im Bundesgebiet 10,8%.

Da sich durch die Einführung der flexiblen Altersgrenze das inländische Arbeitskräfteangebot wahrscheinlich über die laufende strukturelle Verringerung hinaus vermindert, muß damit gerechnet werden, daß der Zustrom ausländischer Arbeitskräfte, mit allen damit verbundenen Begleitumständen, zunächst weiter anhält.

Bei der zur Zeit herrschenden Konjunkturlage scheint nach Ansicht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Finanzen, gegenwärtig weder eine weitere Stimulierung noch eine generelle Dämpfung der Wirtschaftstätigkeit angebracht. Das große Problem im neuen Jahr bleibt zweifellos nach wie vor die unbefriedigende Entwicklung der Preise.

Dr. Wuchter/Dr. Fügel/Gall/Schmidt/Steiger

## Zur Verwaltungsreform in Baden-Württemberg

Der 1. Januar 1973 wird als bedeutsames Datum in die Geschichte des Landes Baden-Württemberg eingehen. An diesem Tage werden zwei wichtige Teilbereiche des Gesamtkomplexes Verwaltungsreform verwirklicht, nämlich die Kreisreform und die Neuordnung der Regionalplanung. Der nachstehende Beitrag beschäftigt sich mit dem bisherigen Gang der Verwaltungsreform, mit den angekündigten weiteren Schritten, mit den Auswirkungen der Verwaltungsreform auf die Arbeit der amtlichen Statistik sowie mit dem Zahlenprofil der neuen Kreise.

### Der bisherige Gang der Verwaltungsreform

Die Verwaltungsreform als große öffentliche Aufgabe der Gegenwart und vor allem für die Zukunft wurde von der Landesregierung erstmals in der Regierungserklärung vom Januar 1967 deutlich angesprochen. In einer weiteren Regierungserklärung vom Juni 1968 wurden die durch die Verwaltungsreform zu lösenden Zukunftserfordernisse konkretisiert. Als Mittel zur Bewältigung der ständig steigenden Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wurden u. a. angegeben die Schaffung größerer Verwaltungseinheiten, die Vereinfachung der Gesetze, die Zuständigkeitsverlagerung nach unten sowie der Einsatz moderner Verfahren im Zuge der Verwaltungsautomation mittels elektronischer Datenverarbeitung. Zur Gewinnung tragfähiger Grundlagen für die Reformmaßnahmen setzte die Landesregierung zwei unabhängige Sachverständigen-Kommissionen ein, und zwar 1967 die Kommission für Fragen der kommunalen Verwaltungsreform und 1968 die Kommission für die Reform der staatlichen Verwaltung. In dem Bestreben, wesentliche Teilbereiche der Verwaltungsreform noch in der 1972 zu Ende gehenden Legislaturperiode des fünften Landtags von Baden-Württemberg gesetzlich abschließend zu regeln, legte die Landesregierung unter Berücksichtigung der bis dahin vorliegenden Kommissionsgutachten im Herbst 1970 eine Konzeption für die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg<sup>1)</sup> vor. Sie steckte darin im wesentlichen folgende Reformbereiche ab:

- Funktionalreform
- Gemeindereform
- Kreisreform
- Regionalplanung
- Aufhebung der Regierungspräsidien
- Reform der Ministerien
- Einheit und Einräumigkeit der Verwaltung
- Reform der Gerichtsbezirke

<sup>1)</sup> Landtags-Drucksache V-3300 vom 14. Oktober 1970.

Vorangestellt in dieser Konzeption sind allgemeine *Reformgrundsätze*, wonach insbesondere

- die Verwaltung an die gewandelten Strukturen und Bedürfnisse der Gesellschaft angepaßt und an den Aufgaben der Zukunft ausgerichtet werden muß,
- die Leistungsfähigkeit der Verwaltung durch Funktional- und Gebietsreform erhöht werden muß,
- im Interesse einer bürgernahen Verwaltung eine möglichst umfassende Delegation von Aufgaben nach unten wünschenswert ist,
- die Entfaltungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung erweitert werden sollen,
- die für die Stärkung der Verwaltungskraft notwendige Spezialisierung der öffentlichen Dienstleistungen ermöglicht werden muß.

Diese allgemeinen Reformgrundsätze werden in der Konzeption für die einzelnen Teilbereiche der Verwaltungsreform in Leitsätzen ausgeformt. Den Abschluß der Vorlage bildet die Ankündigung von Gesetzentwürfen über wesentliche Teile der Funktionalreform, über die Gebietsreform der Landkreise und Regierungspräsidien sowie über die Neuordnung der Regionalplanung.

Dieser Absichtserklärung entsprechend legte die Landesregierung ab Anfang 1971 Reform-Gesetzentwürfe vor, deren wichtigste der Landtag als *Gesetze* wie folgt beschlossen hat:

- Erstes Gesetz zur Verwaltungsreform (Kreisreformgesetz) vom 26. Juli 1971 (Ges. Bl. S. 314)
- Zweites Gesetz zur Verwaltungsreform (Regionalverbandsgesetz) vom 26. Juli 1971 (Ges. Bl. S. 336)
- Erstes Gesetz zur Funktionalreform vom 14. März 1972 (Ges. Bl. S. 92).

Nach dem *Kreisreformgesetz* ist das Landesgebiet ab 1. Januar 1973 in 9 Stadt- und 35 Landkreise eingeteilt. Das Kreisreformgesetz sieht hierzu die Auflösung von 60 der bisherigen 63 Landkreise vor; nicht aufgelöst werden 3 bisherige Landkreise (Emmendingen, Göppingen und Heidenheim), bestehen bleiben auch die 9 seitherigen Stadtkreise. Weiterhin grenzt das Kreisreformgesetz die 4 Regierungsbezirke des Landes unter Namensänderung neu ab und sieht die Auflösung der Regierungspräsidien zum 1. Januar 1977 vor. Neben Folge Regelungen über die Auswirkungen dieser Gebietsneuordnungen enthält das Gesetz auch Vorschriften zur Änderung der Landkreisverfassung, unter anderem auch die Abschaffung des Kreisrats.